

thema: Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik

Was ist wirklich wichtig?

Die neue alte soziale Frage und die Kulturpolitik

Auf die Sonntagsfrage im ARD-Deutschlandtrend im November 2006 »Geht es in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht zu?« antworteten 66 Prozent der Befragten mit »ungerecht« und 27 Prozent mit »gerecht«. Fünfzig Prozent der Wahlberechtigten haben sich an der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nicht beteiligt – aber die NPD sitzt im Landtag. Bei Kommunalwahlen wird z.T. nicht mal mehr diese Marke erreicht. Was hat das mit Kulturpolitik zu tun? Gibt es einen Zusammenhang? Klafft auch im Kulturbereich eine Gerechtigkeits- und Beteiligungslücke?

Es ist bekannt, dass ungefähr die Hälfte der Menschen in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, die öffentlich und privat bereit gestellten Kulturangebote nicht nutzen. Ein Viertel geht eher selten ins Theater, Museum oder in die Bibliothek, und vom letzten Viertel sind es nur fünf bis zehn Prozent, die zu den Vielnutzern zählen. Daran hat sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten nur wenig geändert. Geändert hat sich allerdings, dass die öffentlichen kulturellen Angebote in dieser Zeit vervielfacht wurden, das Bildungsniveau ist – zumindest formal – gestiegen, und es stehen mehr Zeit und Geld für die Kulturnutzung zur Verfügung. Mit anderen Worten: Alle Parameter, die kulturelle Beteiligung begünstigen sollen, haben sich zum Positiven verändert, und doch hat dies nicht dazu geführt, dass mehr Menschen die kulturellen Angebote in Anspruch nehmen. Das ist ernüchternd.

Seit einiger Zeit sind auch die kulturpolitischen Diskussionen geprägt vom Thema Demografie – jedenfalls einige. Die Prognosen sind in der Tat alarmierend: Gäbe es ein Nullwachstum, also keinen positiven Wanderungssaldo und keine Veränderung der Geburtenrate, würde die deutsche Bevölkerung bis zum Jahr 2100 auf 32 Millionen Einwohner schrumpfen. Und noch bei einem realen Zuwachs von 300.000 Zuwanderern pro Jahr (was eine eher unrealistische Zuwanderung von 600.000 Menschen

jährlich voraussetzt) müsste mit einem Rückgang der Bevölkerung auf ca. 50 Millionen Menschen gerechnet werden. Dabei ist nicht die geringer werdende Bevölkerungszahl das Problem, sondern die Bevölkerungsstruktur vor allem das Verhältnis von alten und jungen Menschen, aber natürlich auch die Integration der Einwanderer. Niemand kann heute sagen, wie die damit verbundenen Probleme der sozialen Sicherung, der Pflege alter Menschen und letztlich auch des sozial-kulturellen Zusammenlebens bewältigt werden sollen.

Wie reagiert die Kulturpolitik auf diese Fakten? Ein Beispiel: In Hamburg entsteht mit Milliardenaufwand ein neuer Stadtteil für 15.000 Einwohner, allem Anschein nach ein Viertel für Singles und DINKs (double income no kids) – ohne auch nur eine Einrichtung für Kinder, Jugendliche oder Senioren, aber mit der Elbphilharmonie als Krönung. Der städtebauliche Entwurf mag beeindruckend sein, aber welche Haltung und Logik stecken hinter dem Plan, jene Bevölkerungsgruppe auf diese Weise zu privilegieren, die sich an der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgabe, der »Produktion« von »Humanvermögen« (F.X. Kaufmann) bzw. die Erziehung und Bildung der Nachkommen, die der Gesellschaft erst Zukunft verbürgen, nicht beteiligt? Welche sozial fatale Botschaft an die Stadtgesellschaft ist damit verbunden? Und orientiert sich nicht ein Großteil der mit viel öffentlichem Geld offerierten kulturellen Beteiligungsoptionen ohnehin an den Bedürfnissen dieser Gruppe?

Derzeit wird in mehreren nordrhein-westfälischen Städten (z.B. Bochum, Bonn, Münster) die Frage diskutiert, ob ein neues Konzerthaus gebraucht wird, obwohl die »Konzerte im Silbersee« und ein halbiertes Interesse an klassischer Musik bei den Jugendlichen schon jetzt ein Nachdenken in den Chefetagen der Kulturpolitik begründen könnten. Dies spricht nicht gegen den Bau solcher Häuser, aber auf jeden Fall für eine genaue Prüfung der Pläne, für die Ab-

Dr. Norbert Sievers ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft.



schätzung der Folgekosten und die Ermittlung des Bedarfs. Selbst wenn die geburtenstarken Jahrgänge nach ihrem Eintritt ins Rentenalter ab 2010 allein aufgrund ihrer quantitativen Stärke noch einen kleinen kulturellen Beteiligungsschub begründen mögen, so ist doch schon heute gewiss, dass dies spätestens ab 2025 vorbei sein wird. Das ist in achtzehn Jahren! Was geschieht dann mit diesen Einrichtungen? Auch im Kulturbereich ist ein ausbalanciertes Verhältnis von Angebot und Nachfrage konstitutiv für das Funktionieren des Systems Verantwortlichkeit. Die Ressource des kulturellen Interesses ist aber ein knappes Gut und nicht unbegrenzt verfügbar – und nicht überall stellt sich ein Bilbao-Effekt ein.

Es hilft nichts: Kulturpolitik muss sich an den Gedanken gewöhnen, dass die von ihr geförderten Einrichtungen absehbar noch mehr Probleme mit der Auslastung bekommen werden und dass es in nicht allzu weiter Ferne – regional und sektoral unterschiedlich – nicht zu wenig, sondern zu viele Kulturangebote geben wird, wenn es nicht gelingt, mehr Menschen für Kultur zu begeistern. Allein darauf zu vertrauen, aus dem Kreis der ohnehin kulturinteressierten Menschen noch mehr Kulturbesuche generieren zu können, ist nicht nur unrealistisch, sondern unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit auch problematisch. Schon heute beteiligt sich Kulturpolitik bei Licht besehen zu sehr an der Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen von unten nach oben und begründet dies noch mit vorgeblich gesellschaftspolitischen Argumenten. Die Umnutzung von altindustriellen Gebäuden in Kulturzentren sei ein Beitrag zum Strukturwandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, wird behauptet. Mag sein. Aber wie viele Industrieruinen müssen dafür mit wieviel Glas und Edelstahl restauriert und umgenutzt werden? Ist es nicht mindestens ebenso wichtig, sich um die mentalen »Ruinen« derjenigen Menschen zu kümmern, die dort ihre Arbeit verloren haben? Muss der Strukturwandel nicht vor allem in den Köpfen der Menschen verarbeitet werden? Was wird dafür getan?

Was bedeutet es, Kulturpolitik in gesellschaftspolitischer Verantwortung zu betreiben? Es bedeutet zunächst, das Wohl *aller* im Auge zu behalten. Und es bedeutet auch, sich gelegentlich einiger soziologischer Grundtatsachen zu vergegenwärtigen. Wir wissen, dass schon jetzt 20 Prozent der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben, was schon im Jahr 2010 für 50 Prozent der jungen Menschen unter 25 Jahren gelten wird. In

den meisten Kultureinrichtungen ist diese Gruppe jedoch statistisch kaum nachweisbar, und interkulturelle Ansätze gibt es in der Kulturpolitik aufs Ganze gesehen – trotz einiger ermutigender Ansätze – allenfalls in homöopathischen Dosen. Wie lange soll das noch gut gehen? Wann wird endlich zur Kenntnis genommen, dass der Strukturwandel der Gesellschaft nicht nur eine ökonomische Kategorie ist, sondern das soziale und kulturelle Zusammenleben sowie die demokratisch-politische »Verfassung« unseres Landes in ihren Grundfesten berührt? Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es eben noch lange nicht und allen Menschen gut.

Immer wieder ist zu erleben, dass Kulturpolitiker, die in Amt und Würden sind oder waren, sich despektierlich äußern über die sogenannte Neue Kulturpolitik mit ihrem Anspruch, Kultur für alle zu ermöglichen. Diese Forderung sei noch nie realistisch gewesen und habe ja auch nicht umgesetzt werden können. Überhaupt seien mit Kunst und Kultur wohl nur wenige zu erreichen und die Sozio- und Breitenkultur sei doch wohl eher was für Amateure und nicht

Allein darauf zu vertrauen, aus dem Kreis der ohnehin kulturinteressierten Menschen noch mehr Kulturbesuche zu generieren, ist nicht nur unrealistisch, sondern unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit auch problematisch.

ernsthaft in den Kanon kultureller Aufgaben einzubeziehen. Wer so argumentiert, sät an dem Ast, auf dem die Legitimation der Kulturpolitik aufliegt. Vielleicht hat sich die Neue Kulturpolitik an dem Anspruch, alle zu erreichen, überhoben. Aber es war wenigstens ein

Anspruch, der diesem Politikfeld eine Konsensgrundlage verschafft hat, die heute noch trägt und auch noch weiter tragen kann, wenn Kulturpolitik am Bürgerrecht auf Kultur festhält, gegenüber elitärem Denken auf Distanz geht und nicht blind wird gegenüber den gesellschaftlichen Realitäten.

Die »neue alte soziale Frage« (Heribert Prantl) gehört zu dieser Wirklichkeit und Kulturpolitik steckt mittendrin. Deshalb muss darüber gesprochen werden, auch über »Unterschichten«, auch über Gerechtigkeit. Und vor allem darüber, was angesichts der gegebenen Verhältnisse kulturpolitisch wirklich wichtig ist. Ist es wichtig, ein neues Konzerthaus zu bauen oder brauchen wir nicht vielmehr – dem Diktum Brechts folgend – ein verstärktes Bemühen darum, aus dem kleinen Kreis der Kenner einen größeren zu machen. Ist es wirklich wichtig, noch mehr Museen in die kulturelle Landschaft zu setzen, wo doch die bestehenden schon nicht »ausgelastet« sind, oder sollten wir nicht vielmehr diejenigen Einrichtungen, die nachweislich ansonsten eher »kulturferne« Zielgruppen erreichen, viel stärker fördern? Ist es wirklich wichtig, neben der bestehenden RuhrTriennale in NRW im Rahmen des Kulturhauptstadt-Europas-Pro-

gramms »Ruhr 2010« ein weiteres international renommiertes Festival vorzusehen, wo schon das erste – trotz eines fulminanten Programms – nicht ausgebucht war? Werden die Besucher, die dann zum x-ten Mal pro Monat im Konzert oder Theater saßen, noch klüger, noch aufgeklärter, noch lebensfroher?

Welche kulturelle Infrastruktur brauchen die Menschen in 10, 20, 30 Jahren? Sie brauchen – neben den herkömmlichen Kulturinstituten – öffentliche, offene, zugängliche Einrichtungen und Netzwerke, die Kommunikation und Teilhabe ermöglichen, weil auch diese Grundbedingungen der Gesellschaft aufgrund der Erosion sozialer Netzwerke (Familien, Verwandtschaften, Nachbarschaften, Vereine etc.) für viele – demnächst vor allem für alte Menschen – zu einem knappen Gut werden. Schon heute ist für viele Kulturnutzer genau dieses grundlegende Bedürfnis nach Kommunikation Bewegungsgrund für den Museums- oder Theaterbesuch und nicht in erster Linie die Kunst. Diese Erkenntnis ist nicht neu und gewiss diskreditiert sie weder das Theater, noch das Konzerthaus, noch das Museum – und schon gar nicht die Kunst. Es geht auch nicht nur um Auslastungsquoten, aber ohne eine breite gesellschaftliche Beteiligung wird Kulturpolitik auf Dauer einen schweren Stand haben.

Literaturhinweis:
 Franz-Xaver Kaufmann:
Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt am Main: edition suhrkamp 2003

Der Schwerpunkt dieses Heftes ist entstanden auf dem Hintergrund der so genannten »Unterschichten-Debatte«, die immerhin für ein paar Tage den Wahrnehmungshorizont der Öffentlichkeit erreicht hatte. Sie mag in den Medien nicht mehr so präsent sein. In der Gesellschaft wirkt sie nach, weil sie ein Problem markierte, das nicht wegzudiskutieren ist. Hier geht es um den Kern demokratischer Gesellschaftspolitik. Wenn Kulturpolitik sich in diesem Kontext nach wie vor verstehen will, muss sie sich damit auseinandersetzen. Dies bedeutet nicht, dass sie sich als omnipotente Problemlösungsagentur aufspielen sollte. Aber es ist in ihrem eigenen Interesse notwendig, mehr Realitätssinn zu zeigen. Es mag sein, dass die ausgewählten Beiträge die Situation überzeichnen. Die Wissens- und Kulturgesellschaft lässt sich sicher in schöneren Farben darstellen. Und die »gefühlte« Ungerechtigkeit ist möglicherweise im nächsten Jahr nicht mehr ganz so schlimm. Aber das ändert nichts an den Fakten. Und es ändert nichts daran, dass Kulturpolitik sie zur Kenntnis nehmen muss. Auch Kinderarmut in einem reichen Land ist ein kulturpolitisches Problem, auch wenn wir sie durch Theater und Museen nicht beseitigen können.

Norbert Sievers

Kulturparlamente, Kulturetze, Verbände – Zivilgesellschaftliche Akteure in der Kulturpolitik

52. Kulturpolitisches Kolloquium, Loccum, 16.–18. Februar 2007

Welche Wirkungen haben zivilgesellschaftliche Akteure auf die Kulturpolitik der Kommunen, der Länder, des Bundes und Europas? In den letzten Jahren haben sich immer mehr Kulturparlamente, Kulturräte, Kulturetze und Verbände gegründet. Sie sind nicht Lobby einzelner Sparten oder Kultureinrichtungen sondern haben das ganze Feld oder mindestens größere Teile der Kulturpolitik im Blick. Was bewirken Sie? Wie sind sie legitimiert? Sieht die Politik sie als unliebsame Konkurrenz oder als wichtigen Anreger?

Wie werden sie in den Medien wahrgenommen?

Fühlen sie sich in den Medien mit ihren Anliegen richtig dargestellt?

Die Tagung dient dazu, Antworten auf diese Fragen zu suchen und das Spannungsfeld zwischen Lobbyismus und Gemeinwohl zu diskutieren.

Zivilgesellschaftliche Organisationen der Kulturpolitik von der Kommune bis zur europäischen Ebene stellen sich vor. Sie können Anregungen geben für die Gründung von Kulturräten und Kulturparlamenten in Ländern und Kommunen, in denen Defizite des Stellenwertes der Kulturpolitik oder der Qualität kulturpolitischer Diskussion wahrgenommen werden.

Freitag, 16. Februar 2007

- 16:00 **Begrüßung, Einführung in die Tagung**
 Reinhart Richter, Osnabrück/Loccum
 Dr. Oliver Scheydt, Präs. der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Essen
- 16:15 **Zivilgesellschaftliches Engagement in der Politik – gefürchtet, geduldet, eingefordert, Deutschland und Europa**
 Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut, Berlin
- 17:15 **Zivilgesellschaftliches Engagement in der Kulturpolitik zwischen Gemeinwohl und Lobbyismus**
 Volker Heller, Abteilungsleiter Kultur, Berlin

- 13:15 Möglichkeit zum Besuch des Zisterzienser Klosters Loccum
- 16:00 **Zivilgesellschaftliche Akteure in der Landes- und Bundeskulturpolitik**
 • Kulturrat NRW, N.N.
 • Deutscher Kulturrat, Geschäftsführer *Olaf Zimmermann* (angefr.)
 • Kulturpolitische Gesellschaft e.V., stv. Geschäftsführer *Bernd Wagner*
- 17:30 **Zivilgesellschaftliche Akteure in der europäischen Kulturpolitik**
 • European Cultural Foundation, *Gottfried Wagner* (angefr.)
 • European Forum for the Arts and the Heritage, *Sabine Frank*
- 19:30 **European Cultural Parliament**
 Botschafter *Karl-Erik Norman*, Berlin

Samstag, 17. Februar 2007

- 8:30 Einladung zur Morgenandacht, anschließend Frühstück
- 9:30 **Verbandspolitik und Kulturpolitik. Arbeit an der Zivilgesellschaft**
 Dr. Norbert Sievers, Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
- 10:45 **Zivilgesellschaftliche Akteure in der kommunalen Kulturpolitik**
 • Kulturnetz Kassel e.V., *Wolfram Breimeier*
 • Kölner Kulturrat, N.N.
 • Kulturparlament Soest, *Sabina Kocot*

Sonntag, 18. Februar 2007

- 9:30 **Zivilgesellschaftliche Akteure in der niederländischen Kulturpolitik – die Geschichte der Kulturräte**
Julius F.W. Riemersma, Almere
- 10:45 **Abschlusspodium: Zivilgesellschaftliche Akteure der Kulturpolitik im Blick der Medien – Anforderungen der Akteure an die Medien, Kulturjournalisten und zivilgesellschaftliche Akteure**
 Moderation *Prof. Dr. Olaf Schwencke, Reinhart Richter*
- 12:20 Ende der Tagung

Kulturpolitische Gesellschaft e.V. in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum
 Anmeldung: www.loccum.de